



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

der Einfluss krimineller und extremistischer Netzwerke in der Sahelregion hat in den vergangenen Monaten deutlich zugenommen. Ausgangspunkt war der Sturz Muammar al-Gaddafis in Libyen. Tausende Tuareg, die dort in seinem Sold standen, kehrten in den Norden Malis zurück und riefen die Unabhängigkeit der Region aus. Weite Teile des Landes sind rechtsfreie Gebiete geworden, wie Bakary Sambe in seinem Beitrag darlegt. Kriminelle Netzwerke wie Al-Qaida im Islamischen Maghreb terrorisieren die Zivilbevölkerung.

Die Krise des malischen Staates hat schwerwiegende Konsequenzen für die gesamte Sahelregion. Diese ist zu einem unkontrollierbaren Raum nicht nur für Islamisten geworden, sondern auch für Erpressungen, für den Drogen- und Menschenhandel. Da diplomatische Initiativen bislang keine Lösung des Konflikts erwirken konnten, hat die westafrikanische Staatengemeinschaft ECOWAS nun den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen um ein Mandat für einen Einsatz in Mali ersucht. Eine positive Entscheidung wird in Kürze erwartet. Nach der Absetzung von Cheick Modibo Diarra, des Chefs der Übergangsregierung, am 10. Dezember durch das Militär ist jedoch unklar, ob Mali selbst ein militärisches Eingreifen noch unterstützt. Denn während Diarra dafür war, muss zunächst offen bleiben, wie das Militär zu den Plänen steht. Fraglich bleibt zudem, ob die Kontingente und die Ausstattung der ECOWAS-Truppen ausreichen, um den Norden Malis mit militärischen Mitteln zu befrieden. Deutschland hat, neben Frankreich, Italien, Spanien und Polen, seine Bereitschaft bekundet, die afrikanischen Soldaten durch Trainingsmaßnahmen zu unterstützen.

Wer dagegen meint, ausschließlich auf politische Verhandlungslösungen setzen zu können, muss die Frage beantworten, wer mit wem verhandeln soll. Die Tuareg sind eine heterogene, schwer berechenbare Gruppe. Sie entsprechen

auch nicht dem romantischen Bild des auf Kamelen reitenden, stolzen Wüstenvolks, das noch vielfach vorherrscht. Stattdessen bilden sie eine nach feudalistischen Prinzipien gegliederte Gemeinschaft, der vorgeworfen wird, teilweise von organisierter Kriminalität zu leben, und deren Eingliederung in die malische Gesellschaft allein deshalb schwierig wäre, weil sie sich als Weiße empfinden und den schwarzen Einwohnern Malis überlegen fühlen. Dieses Überlegenheitsgefühl bekommen schwarze Malier zu spüren, die in den Diensten der Tuareg stehen.

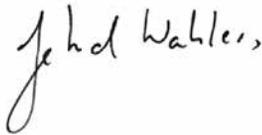
Militärische Handlungen allein werden langfristig keinen Erfolg haben, wenn sie nicht von einer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung begleitet sind. Das ist die Lehre, die uns Afghanistan vermittelt hat. Dazu gehören die Entwicklung des Nordens durch die Unterstützung des dortigen Bildungs- und Gesundheitswesens, die allgemeine Verbesserung der Infrastruktur sowie der Aufbau einer funktionierenden Verwaltung und eine politische Lösung für die Rolle und Stellung der Tuareg. Im demokratisch regierten Mali war zumindest der politische Wille zur Entwicklung der Tuareg-Gebiete erkennbar, wenn auch alles andere als ausgeprägt. An diese positiven Ansätze muss angeknüpft werden, um eine weitere Radikalisierung zu verhindern.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist in der Region seit vielen Jahren mit dem Programm Politischer Dialog Westafrika in Cotonou, Benin, sowie mit dem Länderprogramm Senegal/Mali mit Sitz in Dakar vertreten. Durch unsere Tätigkeit fühlen wir uns den Menschen in der Region verbunden. Wir sehen ihre Probleme und die Herausforderungen, vor denen sie stehen, und wollen sie auf ihrem Weg zu effektiven und adäquaten Handlungsstrategien unterstützen. Deshalb luden wir im November zu einer Veranstaltung in Lomé, Togo, ein und brachten dort Parlamentarier, Sicherheitsexperten und hochrangige Vertreter der Streitkräfte aus den Ländern der Region zusammen.

Zur Befriedung der Region mahnten die Teilnehmer eine verbesserte Kooperation zwischen den betroffenen Ländern an. Denn obwohl die Krise in Mali die Sicherheit der Nachbarstaaten gefährdet, haben diese vielfach strategische Interessen, die eine Lösung erschweren. Die Regierung in Algier zum Beispiel ist in Sorge, in die Sahelzone verdrängte Terror-

risten und Kriminelle könnten nach einer Befriedung der Region nach Algerien zurückkehren. Zurückhaltend reagiert auch Mauretanien, das derzeit einen wirtschaftlichen Boom durch in der Sahelzone illegal erwirtschaftetes Geld erlebt.

Wenn im Norden Malis ein neuer Rückzugsraum für den internationalen islamischen Terrorismus entsteht, ist mittelfristig auch die Sicherheit der Europäischen Union bedroht. Die Stabilität in der Region ist also in unserem europäischen Interesse. Mali liegt Europa geografisch deutlich näher als Afghanistan.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de